„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
herausgegeben von der
„Western Printers Association, Limited"
L. W. Epp-Quirin, Geschäftsführender Direktor.
Wolfgang J. Pott, Chefredakteur.
Geschäftsstelle in Regina, Sask.:
1835 Halifax Straße.
Geschäftsstelle in Edmonton, Alta:
9953 Jasper Avenue.
Telephonnummer 12-74 Setzen Sie!
"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.
Published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS (Sask.) LTD., a joint stock company, at its office 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can. all who cater to the reading of the paper.
L. W. EPP-QUIRIN, Managing Director.
(Advertising rates upon application)

Deutschcanadische Bewegung.

(Schluß)

Zu den letzten Ausgaben des „Courier" ist die deutsch-canadische Bewegung ziemlich ausführlich behandelt worden. Beim eifrigen Studium dieser Abhandlung kann dabei noch keine Klarheit sein. Immerhin wird der aufmerksame Leser zu gewissen Schlußfolgerungen und Richtunggebungen gelangt sein, die sich die Leitung und Entwicklung der Bewegung wesentlich sind.

Greifen Sie aus der Fülle des behandelten Stoffes noch einmal ganz kurz

einige Grundgedanken

heraus: Die deutsch-canadische Bewegung ist erst im Entstehen begriffen. Sie muß sich unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse und unter Berücksichtigung der Konzeit entfalten und ausgestalten. Jeder Deutschsprechende soll ein tätiges und lebendiges Glied dieser Bewegung sein. Bei der herausragenden Rolle, die das religiöse und kirchliche Leben in den deutschen Siedlungen spielt, kommt den deutschsprachigen Kirchengemeinden eine besondere Bedeutung zu. Parteipolitik irgendwelcher Färbung darf in der deutsch-canadischen Bewegung keinen Raum finden, weil sie das einträchtige Zusammenarbeiten stören und den Bestrebungen unserer Rothes zuwiderlaufen würde. Deutsche Vereine sind nur dann wertvolle Bestandteile unserer Bewegung, wenn sie sich ernstlich mit Sozial- und Kulturaufgaben befassen. Die Deutschen Tage sind Triebfedern für unsere Bewegung, sofern sie einen gediegenen Inhalt haben und eine bleibende Wirkung auf die Köpfe und Herzen der Teilnehmer ausüben. Als ein Kommentar zu der deutschen Presse zu gelten, dürfen sie sich ihrer Pflicht und Verantwortung im Rahmen der Bewegung bewußt sein. Eine Hauptsache ist: Wie läßt sich die in Kanada geborene und erzogene deutsch-canadische Jugend für unsere Bewegung gewinnen? Davon hängt die Zukunft des canadischen Deutschtums ab. Darum ist es für uns von höchster Wichtigkeit, daß in die Familie ein christlich-deutsches Familienleben für die Jugend gelegt wird. Darum ist auch die Schulfrage so eminent bedeutungsvoll und eine Lösung derselben in unserem Sinne so dringend erwünscht. Darum sollten wir auch dem deutschen Unterricht an den höheren canadischen Lehranstalten außerordentliche Beachtung und eifrige Förderung zuwenden.

Das ist der Inhalt der Artikel über die deutsch-canadische Bewegung gewesen.

Nun eine Frage, die wir beantworten müssen:

Wie kann diese Bewegung organisiert werden?

Mancher empfindet sofort ein leises Grauen, wenn er das Organisieren hört, weil er dabei an einen neuen Verein mit Statutenkram, endlosen Geschäftsberichten, persönlichen Ehrgelüsten, gekränkten Eitelkeiten, politischer Ausnützung und anderen unangenehmen Begleitern denkt. Mancher denkt dann, daß der Präsidentenstuhl vielleicht ein Mann sitzt, der keine eigenen Ideen und keine Initiativkraft hat, aber mit Hilfe einiger Freunde oben auf Kleber bleibt. Mancher denkt an Vereine, in denen überhaupt nur Leute einer gewissen Verwandtschaft oder Freundschaft einen Vorstandssitzen erreichen können, während die anderen Mitglieder als Mitläufer und Beitragszahler zur höheren Ehre der „Auserwählten" aufkommen sind. Ueber dieses Menschliche und Allzumenschliche, das manchen vom Anschluß an einen deutschen Verein abhält oder sogar unerschrocken mag, wollen wir einmal großzügig hinwegsehen. Werden wir uns vielmehr darüber klar, daß die deutsch-canadische Bewegung wie jede Bewegung irgendwelcher Organisationsform bedarf. Daran läßt sich nicht rütteln. Ist keine Organisation vorhanden, welche die breitesten Massen erreichen und die Oeffentlichkeit im Geiste der Bewegung beeinflussen kann, so bleibt die Bewegung ein tatsächliches Kind. Man kann ganz „dagegen", wenn man nicht eine gewisse Form aufsetzt. Die Kraft, welche eine deutsch-canadische Bewegung in Gang bringt, kann nur in einer großen, einflußreichen und allumfassenden Organisation beruhen. Eine Organisation auf dem Papier ist wertlos. Eine Organisation, die sich angeklebt an jeden Buchstaben ihrer Statuten klammert, muß wird keine Großtaten vollbringen. Eine Organisation, die persönlichen Zwecken oder politischer oder geschäftlicher Ausbeutung dient, schadet der deutsch-canadischen Sache mehr als sie ihr nützt; denn eine solche Organisation hindert der Entwicklung einer gesunden und kräftigen Bewegung hindernd im Wege und unterbindet unser Ansehen im öffentlichen Leben.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß wir 1) **eine starke, zweckmäßige Organisation dringend notwendig brauchen**, daß wir 2) bei Organisierung der deutsch-canadischen Bewegung nicht an einen neuen Verein im üblichen Sinne des Wortes denken müssen. Es gibt auch andere moderne Formen einer Organisation.

Wie muß die Organisation beschaffen sein?

Man muß:

1) allumfassend sein, d.h. sie muß auf so breiter Basis beruhen, daß alle Deutschsprechenden eine Interessenvertretung ihres Fortkommens oder ihres religiösen Bekenntnisses sich anschließen und mitarbeiten können; sie muß

2) ein weitgesteckstes und doch auch genau umschriebenes Arbeitsprogramm haben, damit sie nicht in das „Fortwursteln" ohne Ziel und Zweck verfällt; sie muß

3) unter zuverlässiger und charakterfester Führung stehen, damit sich nicht zweifelhafte Elemente einschleichen und breitmachen, die in der Organisation nur ein Sprungbrett für die Befriedigung ihres Ehrgeizes und ihrer geschäftlichen oder politischen Bestrebungen erblicken. **Das Führerproblem ist ungemein wichtig.** Führer ist nicht immer der, welcher stets das große Wort führt. Mancher stille Mann übt einen tieferen Einfluß auf die Massen aus; sein Wort gilt oft mehr, wenn man weiß, daß hinter dem Wort ein ganzer Mann steht, der aus innerster Ueberzeugung, aus ehrlicher und uneigennütziger Liebe zur Sache und aus dem Schatz seiner eigenen Gedanken spricht. Wer diese Eigenschaften besitzt und dazu noch reine Hände und eine weiße Weste aufweisen kann, ist zu einer Führerstellung in der deutsch-canadischen Bewegung berufen, während Leute mit dunkler Vergangenheit abstoßend wirken, auf die Dauer erfolglos bleiben und die Bewegung vor der Oeffentlichkeit in ein schlechtes Licht stellen.

Es ist gewiß erwünscht, wenn jene, die unsere Artikelreihe „Deutschcanadische Bewegung" im „Courier" gelesen haben, die darin enthaltenen Fragen gründlich überlegen, mit Nachbarn oder Freunden besprechen und

dann selbst dazu Stellung nehmen.

Doch sollte man dabei nicht in den alten Fehler verfallen, nur über das mangelnde Verständnis anderer zu klagen, über andere Mitbürger herzufallen, an diesem oder jenem nur abfällige Kritik zu üben oder die eigene kleine Gruppe in den Himmel zu erheben.

„Weibisches Zagen,
Aengstliches Klagen
Wendet kein Elend,
Macht dich nicht frei",

hat unser großer Dichter Goethe schon vor über hundert Jahren den Deutschen und der Welt zugerufen. Was wir mehr denn je in den Vordergrund stellen müssen, ist positive und praktische Aufbauarbeit, sind eine feste Marschroute und klare Ziele. Daß dem so werde, dazu kann und soll **jeder** Deutschsprechende beitragen, nicht durch Ausarbeitung neuer Vereinsstatuten, nicht durch eine lange Proklamation, sondern durch die einfache Willenserklärung: **Auch ich bin mit Kopf und Herz entschlossen, meine ganze Kraft in den Dienst der werdenden deutsch-canadischen Bewegung zu stellen und für unsere unvergänglichen Ideale unermüdlich zu werben!** Dann wird allmählich sich unsere Sehnsucht erfüllen, wird sich auch Schritt für Schritt die geeignete Organisationsform herausbilden, die das tragfähige Fundament einer zukunftsreichen, segensspendenden Bewegung darstellen kann.

Neue polnische Hetze.

Der polnische Westmarkenverein in Polen erläßt einen Aufruf, worin er sich gegen die „dauernden blutigen Terrorfälle in Ostpreußen wendet" und die Bevölkerung auffordert, geschlossen gegen die „barbarischen preußischen Unterdrückungsmethoden Stellung zu nehmen", und der polnischen Regierung nahelegt, bei den amtlichen deutschen Stellen Einspruch zu erheben, „bevor die polnische Bevölkerung in Polen aus dem Geiste der berechtigten Entrüstung mit den gleichen Methoden reagiere, wie sie in Preußen üblich seien." Der Westmarkenverein betont in dem Aufruf, er trete dafür ein, „daß die Polen in Deutschland die gleichen Rechte erhalten müßten wie die Deutschen in Polen, die sich freizügig und unter Verhältnissen entwickeln könnten, wie sie zivilisierten Ländern geziemten." „Das Recht auf persönliche Sicherheit und bürgerliche Gleichheit müsse den Polen in Deutschland ebenso verbürgt sein wie den Deutschland in Polen."

Das Posener Tageblatt sagt dazu:

Der Ruf nach gleichem Recht sei ein alter Wunsch der Deutschen in Polen, der Westmarkenverein aber sei nicht die Organisation, die ihn erheben dürfte; denn gerade dieser Verband predige ja die Ausrottung des Deutschtums in Polen, die Verdrängung der Deutschen und die Vernichtung der deutschen Schulwesens. Außerdem aber sei die „berechtigte Entrüstung" den Deutschen in Polen kein unbekanntes Ereignis. Alles, was vereinzelt und selten in Deutschland passiere, werde gerade von den Deutschen in Polen bedauert; aber die „Geschehnisse bei „berechtigten Entrüstungskundgebungen" seien den Deutschen hier nicht fremd. Und wenn es zu deutschfeindlichen Kundgebungen hier komme, so habe man ja dabei bereits hundertfach gerade jene traurigen Erfahrungen gemacht, die der Westmarkenverein heute verurteile, nur weil sie angeblich in Deutschland vereinzelt vorkommen sollen.

Weltumschau

Um die Wiederwahl Hindenburgs. Sowohl Adolf Hitler, der Führer der Nationalsozialisten, wie auch Geheimrat Alfred Hugenberg, der an der Spitze der Deutschnationalen steht, lehnten es ab, der Reichsregierung in ihrer Absicht einer Verlängerung des Termins des Reichspräsidenten um ein Jahr ihre Unterstützung angedeihen zu lassen. Sie machten Kanzler Brüning, der gehofft hatte, dem deutschen Volk die Aufpeitschung der Parteileidenschaften in einer Präsidentenwahl dadurch ersparen zu können, daß sich der Reichstag mit zweidrittel Mehrheit für die Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs ausgesprochen hatte, die Mitteilung, sie seien außer Stande, dem Plan zuzustimmen, weil er eine Verletzung der Verfassung bedeute.

Wie verlautet, sind beide Führer der Rechtsgruppen zur Zeit damit beschäftigt, ein Schreiben an den Kanzler des Inhalts aufzusetzen, so sehr sie auch den greisen Reichspräsidenten persönlich verehrten und seine Wiederwahl wünschen, seien sie doch gezwungen, darauf zu dringen, daß diese Wiederwahl auf gesetzlichem Wege, also durch eine Volksabstimmung erfolge.

Ehe diese Entscheidung der beiden Führer der „nationalistischen Opposition" erfolgte, wurde in gewissen Kreisen davon gesprochen, Hindenburg durch eine reguläre Volkswahl im Präsidentenstuhl zu halten, eine Wahl, bei welcher indes kein Kandidat gegen den altehrwürdigen Feldmarschall aufgestellt werden sollte, abgesehen natürlich von den Kommunisten, die auf einen solchen Vorschlag nie und nimmer eingehen würden. Der Vorschlag wurde von den Anhängern Hitlers und Hugenbergs besprochen, da Hindenburg zu verstehen gegeben hatte, er werde sich nur zur Wahl stellen lassen, falls kein Kandidat gegen ihn aufgestellt werden sollte.

Dieser Ausgang hat in den Volksmassen, die den Reichspräsidenten über alles verehren, die größte Erregung ausgelöst. Ist man doch allgemein der Ansicht, daß gerade die nationale Rechte, deren Kandidat Hindenburg vor nunmehr sieben Jahren gewesen, die Pflicht gehabt hätten, dem greisen Feldmarschall das Durchmachen einer neuen Volkswahl zu ersparen. Natürlich herrscht keinerlei Zweifel darüber, daß Hindenburg, sollte er sich noch einmal dazu verstehen, für die Reichspräsidentschaft zu kandidieren, mit großer Mehrheit gewählt werden wird.

Weltbank und Reparationen. Der Bericht des beratenden Youngplan-Komitees, in dem die internationalen Bankiers feststellen, daß Deutschland gerechtfertigt sei, wenn es erkläre, keine geschützten Reparationen mehr bezahlen zu können, ist vom Aufsichtsrate der Bank für internationalen Zahlungsausgleich gebilligt worden. Der Aufsichtsrat erneuerte gleichzeitig seinen Viertelanteil an dem $100,000,000-Kredit für Deutschland. In einer ergänzenden Erklärung setzt sich die Leitung der Weltbank energisch für den Befund des Youngplan-Komitees ein.

Es verlautet, daß der Aufsichtsrat der Bank der Ansicht ist, daß Reichskanzler Brünings Reparationserklärung sehr interessant und irritierend für die Franzosen ist, daß sie aber die Pläne für die Lausanner Reparationskonferenz nicht beeinträchtigen werde.

Der Aufsichtsrat verlangerte auch den Anteil der Weltbank an dem österreichischen Kredit von 90,000,000 Schilling, dem ungarischen Kredit von $20,000,000 und seinen eigenen Kredit für Südslawien von $1,000,000.

Der Bericht des unter dem Youngplan einberufenen Weltbankkomitees, der von dem Aufsichtsrate der Bank gebilligt wurde, „rechtfertigte" Deutschlands Behauptung, daß es keine geschützten Reparationen mehr zahlen könne. Die Majorität der das Komitee bildenden Bankiers war der gleichen Ansicht auch bezüglich der rein politischen Reparationen, doch durfte sich der Ausschuß nach den Youngplanbestimmungen nur mit den geschützten Annuitäten befassen. Der Bericht empfahl eine schleunige Regelung der Reparationen und Kriegsschulden „um weitere Katastrophen", zu verhüten.

Italien für „radikale Lösung". Ein Wortführer des auswärtigen Amtes in Rom erklärte, Italien sei für eine „radikale Lösung der Schuldenfrage" und Reparationsfrage" und daß die Regierung nicht beunruhigt sei durch die Erklärung des Reichskanzlers Heinrich Brüning. Deutschland könne die Zahlung der Reparationen nicht wieder aufnehmen.

Der betreffende Wortführer sagte weiter, Italien wünsche, daß die ganze Kriegsschulden- und Reparationsfrage und ihre Erörterung „vollständig aus den internationalen Angelegheiten ausgeschaltet" werde, was nichts anderes bedeute, als daß politische Fragen geopfert werden müssen, um die Erledigung von Finanzproblemen zu erzielen, die zur Wiedergesundung der Weltwirtschaft führen würde.

In einem Artikel des „Popolo d'Italia" heißt es: die Welt frage sich verwundert, ob das Problem der Kriegsschulden und der Reparationen auf der Konferenz in Lausanne erledigt oder ob es noch einmal vertagt werde; ob die Regierungen Europas wiederum „den ungeheuren Mangel an Willenskraft" bekunden werden, der sie zu lähmen scheint, wenn immer sie sich einem schwierigen Weltproblem gegenübersehen.

In dem Artikel des „Popolo d'Italia" wird weiter ausgeführt: „Der Baseler Bericht des Youngplan-Beiratsausschusses beweist klar die unhaltbare wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands. Es ist möglich, daß Deutschland nie im Ernst die ihm vom Versailler Diktat auferlegten Tribute hat zahlen wollen, aber in der Zwischenzeit ist die Krise Deutschlands zur Krise der Welt geworden, und die Lage bessert sich nicht trotz optimistischer Meldungen von jenseits des Ozeans . . . . Es ist keine Uebertreibung zu behaupten, daß die soziale und wirtschaftliche Struktur Europas sich langsam aber stetig einem Abgrund zu bewegt, und wenn es auf diesem Wege fortfährt, dann wird keine andere Wahl bleiben als Zurückweisung der Schulden oder Chaos."

Exkönigin von Griechenland gestorben. Die frühere Königin Sophie von Griechenland, eine Schwester des früheren deutschen Kaisers, starb in Frankfurt am Main nach mehrwöchentlicher schwerer Krankheit, in deren Verlauf dem Kaiser ein informelles Gesuch zur Erlaubnis einer Reise nach Deutschland abgeschlagen worden war. Sämtliche Kinder der früheren Königin befanden sich am Sterbebette. Sie waren Prinzessin Helene, die geschiedene Gattin des Königs Karol von Rumänien, Exkönig Georg von Griechenland, Prinz Paul und die Prinzessinnen Irene und Katherina. Ihr Tod würde durch eine Darmkrankheit herbeigeführt.

Königin Sophie, die Tochter des früheren deutschen Kaisers Friedrich III, wurde im Jahre 1870 geboren. Ihr Gatte, der verstorbene König Konstantin, wurde zwei Mal vom griechischen Thron vertrieben; einer ihrer Söhne starb als König von Griechenland, während Georg, ihr zweiter Sohn, der mit einer Prinzessin von Rumänien vermählt ist, 1923 abdanken mußte. Es wurde behauptet, daß sie während des Krieges ihren ganzen Einfluß in die Wagschale warf, um Griechenland an der Seite Deutschlands in den Krieg zu führen oder wenigstens davon abzuhalten, gegen Deutschland zu marschieren.

Ihr Gatte, König Konstantin, mußte 1917 zum ersten Mal abdanken, weil er sich den Wünschen der Entente nicht gefügig zeigte. Später kehrte er wieder zurück; mußte jedoch nach dem unglücklichen Kriege mit der Türkei zum zweiten Mal sein Land verlassen. Sein Sohn, König Georg, mußte samt seiner Gattin und seiner Mutter ein Jahr später aus dem Lande fliehen. Konstantin selbst starb 1923 in Italien.

Der frühere Kaiser Wilhelm II. leidet an Bronchialtatarrh, nachdem er sich vor einigen Tagen eine heftige Erkältung zugezogen hatte. Sein Hofmarschall gab jedoch an, daß sein Fieber nachgelassen habe. Wilhelm wird am 27. Januar 73 Jahre alt.

Britischer Handel in Indien leidet. Die britische Regierung Indiens erließ bekanntlich eine Verordnung, welche jede Ansammlung von mehr als fünf Personen verbietet und strafbar macht. Dieser schroffe Erlaß wurde dadurch veranlaßt, daß der von Gandhi angeordnete Boykott den Geschäftsumsatz in Bombay auf ein Viertel seines normalen Umfangs heruntergebracht hat.

Allein der Umsatz an der Bombayer Baumwollbörse, der zweitgrößten der Welt, ging von 100,000 Ballen pro Tag auf 100 Ballen herunter, was einem täglichen Verlust von etwa drei Millionen Dollars gleichkommt. Die Goldausfuhr ist von $2,000,000 auf $500,000 täglich heruntergegangen. Die Börsen, in denen Baumwolle, Edelmetallbarren, Stoffrollen, Sämereien und Wertpapiere gehandelt wurden, sind sämtlich geschlossen. Seit der Verhaftung des Mahatma haben die Bombayer Tuchgroßhändler, die ganz Indien zu versorgen und täglich für eine halbe Million Dollars abzusetzen pflegten, nicht eine einzige Elle britischen Tuches verkauft.

Jetzt trachten die national gesinnten Inder der Regierung dadurch direkte Einnahmequelle zuzufügen, daß sie von Bombay aus einen privaten Postdienst in Gang gebracht haben und nur halb so viel Porto berechnen wie die Regierung. Wenn sich diese Privatpost bewährt, soll sie über ganz Indien ausgedehnt werden. Ferner überreden sie ihre Millionengefolgschaft, ihre Einlagen aus den Postsparkassen und den von der Regierung kontrollierten Banken herauszuziehen, um den Regierungssäckel noch zu weiterer Erschlaffung zu bringen; denn diese Einlagen beziffern sich auf viele Millionen.

Welcher Geist über die national gesinnten Inder gekommen ist, geht aus dem schriftlich abgelegten Gelübde hervor, das mehrere hundert Makler der Bombayer Baumwollbörse unterzeichnet haben. Es lautet: „Ich schwöre hiermit vor Gott und den Menschen, daß ich keine in Großbritannien angefertigten Waren kaufen oder verwenden werde."

Der Gouverneur der Präsidentschaft Bombay hat vergeblich hundert der einflußreichsten Geschäftsleute der Stadt zu sich berufen, ihnen im Guten zugeredet und allerlei goldene Berge versprochen. Er sagte ihnen, all' die jüngsten schroffen Verordnungen der Regierung seien nur erlassen worden, um die gesetzwidrige, ruinöse Ungehorsamkeitskampagne nicht aufkommen zu lassen. Es würden Verfassungsreformen durchgeführt werden, welche die Präsidentschaft Bombay zu einem autonomen Staatswesen innerhalb des indischen Bundesstaates machen würden, gleich den anderen Staaten und Provinzen im Britenreich. Zum Schluß forderte er ihre Unterstützung, um einen solchen Stand der Dinge herbeizuführen.

Die gedrosselte deutsche Ausfuhr.

A.D. Die deutschen Vorstellungen in London gegen die ohne Fühlung mit anderen Ländern eingeführten Schutzzölle haben nichts gefruchtet. England verweist darauf, daß es sich bisher nicht um eine Endregelung gehandelt habe, daß diese vielmehr noch bevorstehe. Es wird aber nicht gesagt, daß die englische Regierung bei der endgültigen Feststellung der Zollsätze sich in Verhandlungen einlassen werde. Die deutsche Regierung hat nur mit Befremden von diesem Standpunkt der Engländer Kenntnis nehmen müssen. Die Folgen der englischen Zollpolitik machen sich ja schon jetzt für die deutsche Wirtschaft empfindlich bemerkbar. Die ersten beiden Zollverordnungen haben die deutsche Ausfuhr nach England um 15 Prozent herabgedrückt. Der neue 3. Tarif wird weitere Erzeugnisse der deutschen Industrie benachteiligen. Die deutsche Ausfuhr ist im November insgesamt um 15 Prozent gegenüber dem Oktober zurückgeblieben. Neben den Zollabschnürungstendenzen verschiedener Länder, nicht allein Englands, ist die Währungsentwertung vieler Staaten nachteilig für den Außenhandel geworden. Auch die Senkung der deutschen Löhne und der sonstigen Unkosten durch die 4. Notverordnung werden nicht ausreichen, den Vorsprung der Konkurrenten auf dem Weltmarkt wieder einzuholen. Währungsverfall und Zollerhöhungen von 50 Prozent und mehr können mit Mitteln einer normalen Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht überspringen werden. Wenn man bedenkt, daß schon 25 handelspolitisch wichtige Länder durch Aenderungen des Goldstandards oder der Zölle oder durch die Devisenzwangswirtschaft die bisherigen Handelsbeziehungen einengen, so wird es klar, wie groß die Bedrohung der deutschen Außenhandels geworden ist. Die Beschränkungen, die hier der deutschen Arbeit drohen, wiegen schwerer, als mancher Fehler, der in der Anlage fremden Kapitals in Deutschland in den letzten Jahren begangen sein mag.

Die Klagen gegen die Zahlung der Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten nehmen in Europa tagtäglich zu. Viele Staatsmänner und Volkswirtschaftler, besonders in Frankreich, erklären, das wirtschaftliche Chaos in der Welt sei derart, daß, wenn Deutschland seine Reparationen nicht zahle, weitere Schuldenabtragungen an die Vereinigten Staaten unmöglich sein würden. Andere, einschließlich des britischen Volkswirtschaftlers Sir George Paaish, stellen die Behauptung auf, daß die Zahlung der Kriegsschulden an sich den Bankerott der Welt herbeiführen würde.

Wie urteilt die Welt über Brünings Erklärung?

Frankreich.

Paris. — Reichskanzler Brünings Erklärung, daß ein Ende mit den Reparationen gemacht werden müsse, hat die französischen politischen Elemente und die Presse anscheinend geschlossen auf die Seite von Premier Laval gebracht.

Laval hat von ganz unerwarteter Seite Unterstützung erhalten. Senator Rene Besnard, der keine Ursache hat, dem Premier freundlich gesinnt zu sein, erklärte vor einer großen Versammlung von Radikalen in Tours, wenn Reichskanzler Brünings Erklärung richtig berichtet worden sei, so müßten alle Republikaner Frankreichs gegen diese „Verletzung der Verträge und feierlich abgeschlossenen Abkommen" protestieren.

Der vielgelesene politische Leitartikelschreiber Pertinax sagt, daß Deutschlands neue Stellungnahme „eine bedauerliche Folge der französischen Räumung des Rheinlandes" sei. In einer Provinzausgabe des „Petit Parisien" sagt der bekannte Wirtschaftler Lucien Romer, daß nichts Definitives in der Lösung des Kriegsschuldenproblems getan werden könne, bis Amerika einen neuen Präsidenten erwählt habe. Er rät deshalb den europäischen Führern, dieses Ereignis abzuwarten.

Der offiziöse „Temps" erklärt in einem Leitartikel, daß Deutschland sich trotz des republikanisch-demokratischen Anstrichs nicht geändert habe.

„Herr Brüning, der bisher als wirklich politisch intelligent und als der vernünftigste und klügste Deutsche galt," sagt die Zeitung, „hat soeben einen schweren Verstoß gegen das bestehende Gesetz und die internationale Ordnung, wie auch die besten Interessen Deutschlands selbst begangen."

Das Blatt warnt Deutschland, daß eine solche Haltung jedes Vertrauen in das Wiederaufkommen eines Landes töten werde, „das Verträge und Abkommen nur als Fetzen Papier betrachtet."

Das „Journal des Debats" erklärt, wenn Deutschland nicht wegen seiner Stellung zu den Reparationen zur Rechenschaft gezogen werde, so dürfte seiner auf der Abrüstungskonferenz im nächsten Monat eine große Ueberraschung harren. „Der Weg der deutschen Politik ändert sich nicht und es ist sonderbar, daß die Menschen noch immer wieder überrascht sind," schließt das Blatt.

Belgien.

Brüssel. — Die belgische Presse verbreitet sich mit großer Entrüstung über die Reparationserklärung von Reichskanzler Heinrich Brüning.

Die Einstellung der deutschen Zahlungen, sagt „Independance Belge", würde neue Steuern für die belgische Industrie zu Gunsten der deutschen Industrie bedeuten, die dank ihrer gewaltigen Ausrüstung in einer ausgezeichneten Lage wäre, einen „Raubzug" auf die Märkte der Welt zu unternehmen.

Eine solche Bewegung, fügt das Blatt hinzu, wäre ein Triumph für bösen Willen und Anmaßung, begünstigt durch Konkurrenzneid unter den Alliierten, die angesichts eines Gegners, der im Frieden wie im Kriege gefährlich sei, nicht einig bleiben könnten.

Der „Etoile Belge" erklärt, daß die Gläubigermächte die Situation Deutschlands schon beraten hätten und daß keine von ihnen daran denke, Gewalt anzuwenden, um Deutschland zum Zahlen zu zwingen, noch sei vorgesehen, ein Faustpfand zu ergreifen. „Sollte Frankreich zu Gewaltanwendung schreiten — und es plant das gewiß nicht — so würden die anderen Nationen nicht folgen und Frankreich gefährlich isoliert werden," schreibt das Blatt weiter. „Es steht zu fürchten, daß ein von manchen Kreisen empfohlenes erweitertes Moratorium auch nur ein Notbehelf sein wird."

Oesterreich.

Wien. — Die Zeitungen in Mittel- und Südost-Europa schieben in ihrem Kommentar zu der Erklärung Brünings das Problem der Reparationen ganz den Vereinigten Staaten zu.

Die Wiener „Reichspost" sagt, daß es unmöglich sei, die Folgen vorauszusehen, die Deutschlands Schritt für die Welt haben werde. „Die Kriegsschulden und Reparationen können nicht länger von einander getrennt gehalten werden," sagt das Blatt. „Und dies ist hauptsächlich die Sache Amerikas, das den Schlüssel zur Situation besitzt."

Die „Arbeiter-Zeitung" vertritt denselben Standpunkt und fügt hinzu, daß „es leicht für die Vereinigten Staaten ist von Europa die Zahlung der Kriegsschulden zu verlangen, oder den Vorwurf zu erheben, daß es zu viel für Rüstungen ausgebe, während es selbst aber bis an die Zähne gerüstet sei."

Italien.

Rom. — Inbezug auf die Kriegsschulden- und Reparationsfrage ist Italien der Ansicht, daß die Welt, falls es nicht bald zu einer völligen Ausmerzung kommt, „zwischen dem Ende der Reparationszahlungen und dem Chaos" keine Wahl mehr hat. Ein in dem in Mailand erscheinenden „Popolo d'Italia" veröffentlichter Artikel, der ganz allgemein Mussolini zugeschrieben wird, erklärt, die Zivilisation sei bedroht und die Wirtschaftslage in der Welt müsse im Jahre 1932 eine Besserung erfahren, „andernfalls könne nicht erwartet werden, daß die Menschheit sich nicht auflehne." Der Artikel erklärt, daß, wenn die Konferenz in Lausanne nicht mit einem „allgemeinen Abwischen der Tafel" ende, es besser sei, ein Moratorium für solche Zusammenkünfte zu erklären.

Die Zeitung ist Jahre lang von Arnoldo Mussolini, dem verstorbenen Bruder des Ministerpräsidenten, redigiert worden und spiegelt oft die Ansichten des Duce wieder.

Alle Augenblicke brechen Sträflinge aus Gefängnissen aus. Bei diesen Zeiten ist das geradezu unerklärlich.

Ein deutsches Blatt ins deutsche Haus,
Sonst sieht es dort sehr traurig aus.